9./III. 1919

Staatsbankerott und Arbeiterschaft.

Von **Hugo Breitner.**

Bei Kriegsausbruch betrugen die Gesamtschulden der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder rund 13 Milliarden. Am 31. Oktober 1918 war die Schuldenlast auf 84 Milliarden gestiegen. In dieser schier phantastischen Zahl sind die Schulden Ungarns, die sich auf etwa 42 Milliarden belaufen, natürlich nicht enthalten; sie bleiben auch außerhalb unserer Betrachtung. Die 84 Milliarden österreichischer Staatsschuld haben durch die inzwischen fällig gewordenen Coupons eine weitere Erhöhung erfahren. Ebenso hat jeder der nationalen Teilstaaten seither gesonderte Schulden kontrahiert, die zwar nicht den Gegenstand zwischenstaatlicher Auseinandersetzung zu bilden haben, aber bei Betrachtung der Gesamtlage doch erwähnt werden müssen. Wir haben uns in diesem Kriege daran gewöhnt, Zahlen einfach auszusprechen, ohne mit ihnen sofort und ohne besondere Ueberlegung den richtigen Begriff zu verbinden. Was im Privatleben zwei oder zwanzig Millionen Kronen, was im Staatshaushalt zweihundert oder im höchsten Falle sogar noch tausend Millionen bedeuten, ist uns infolge vieljähriger Denkübung klar und vorstellbar. Die alte österreichische Reichshälfte schuldet gegenwärtig etwa neunzigtausend Millionen Kronen! Das geht einfach über unser Fassungsvermögen hinaus, und alle Versuche, es uns so recht zu verdeutlichen, bleiben ergebnislos. Dabei ist aber der grundlegende und nicht genug zu betonende Unterschied zwischen 1914 und 1919, daß die im Laufe von vielen Jahrzehnten allmählich angewachsene Vorkriegsschuld, wie schon dargelegt wurde, zu sehr erheblichen Teilen für die Erwerbung wertvoller und erträgnisreicher Realgüter verwendet worden ist. Die in viereinhalb Jahren erfolgte Versiebenfachung der Staatsschuld bedeutet nicht bloß keine Erhöhung dieses Sachvermögens, vielmehr sind von den unmittelbaren Zerstörungen der mannigfachsten Art und der verwüstenden Abnützung auch die einstigen Aktiven ergriffen worden; auch ihr Wert ist gemindert.

Von der Möglichkeit, daß uns zu allen diesen niederdrückenden Lasten noch eine unerträgliche Kriegsentschädigung aufgebürdet werde, sei in diesem Zusammenhang keine Rede. Sollte die Entente eine Versklavung der Mittelmächte beabsichtigen und durchzusetzen in der Lage sein, dann sind ja gewiß alle Sanierungsversuche vergeblich, die sich immer nur auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen bewegen können. Als eine solche unumstößliche Tatsache ist die Erklärung der Tschechen, die Kriegsanleihen nicht anzuerkennen, kaum zu werten. Die Tschecho-Slovakei hat selbst einen Milliardenbesitz an Kriegsanleihen und Banknoten, für den sie unbedingt vorsorgen muß, wiewohl diese Summen dem Anteil sicherlich nicht entsprechen, der angesichts ihrer weitaus höheren Wirtschaftskraft und größeren Bevölkerungszahl bei gerechter Auseinandersetzung auf die Nachbarrepublik entfallen würde. Aber eines muß festgehalten werden. Und das ist, daß neben der Vervielfachung der Schuld, ihrem unproduktiven Charakter, der gleichzeitig erfolgten Vernichtung von Gütern und Menschenkraft die Zerreißung der Monarchie zunächst und auf Jahre hinaus für alle Teilstaaten eine starke Beeinträchtigung ergibt. Trotz der schwersten nationalen Kämpfe hat die mehrhundertjährige Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes doch einander harmonisch ergänzende Wirtschaftsformen zur Folge gehabt, die nicht von heute auf morgen ersetzt werden können. Wir in Deutschösterreich verspüren das schon jetzt in vollster Deutlichkeit. Dieses Wien, das förmlich über Nacht aufgehört hat, das Zentrum eines Vierundfünfzigmillionenreiches zu sein, und jetzt in widernatürlicher Größe ein Drittel der Einwohner des neuen Staates in sich vereinigt, bildet ja ein Problem für sich. Aber auch den gegenwärtig noch so siegestrunkenen Tschechen wird das Erwachen aus ihren stolzen Träumen nicht erspart bleiben.

Auf jenen Wegen, die bis Juli 1914 die üblichen gewesen sind, das Defizit im Staatshaushalt zu beseitigen, kann angesichts der nun bestehenden Sachlage eine Besserung nicht erreicht werden. Die Methode, wie sie mitunter in Friedenszeiten geübt wurde und während der ganzen Dauer des Krieges zu unserem größten Verderben gehandhabt worden ist, zu den alten Schulden neue zu häufen, die Zinsen zum Kapital zu schlagen, kann bestenfalls noch ein paar Monate fortgesetzt werden. Bliebe also eine Erhöhung der direkten und indirekten Steuern. Aber auch da versagen die Mittel der alten Schule. Eine so ungeheuerliche Steigerung der Steuersätze, wie sie einer solchen und überdies so hoch verzinslichen Schuldenlast gegenüber notwendig wäre, liegt ganz außerhalb des Bereiches physischer Möglichkeit. Die so gründlich geänderten politischen Machtverhältnisse sollen dabei gar nicht in Betracht gezogen werden. Auch bei Fortbestand der Monarchie und bei unveränderter Geltung des einstigen Regimes wäre es nicht gelungen, die Steuerschraube in diesem Maße anzuziehen, weil damit zugleich und völlig automatisch die Konsumkraft der Bevölkerung so unendlich herabgedrückt worden wäre, daß die Steuerquellen versiegen hätten müssen. Ein Blick auf das gegenwärtige deutschösterreichische Staatsbudget zeigt klar, wie wenig davon die Rede sein kann. Die gesamten Steuereingänge von rund einer Milliarde reichen gerade hin, die Beamten zu bezahlen! Für die Ausgaben, die sich aus der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ergeben, für alle Aufwendungen kultureller und sozialer Art, für die in so hohem Maße notwendigen Wiederherstellungsarbeiten bleibt gar nichts übrig. Nichts für die Erhaltung und Ausgestaltung der Schulen, nichts für Wohnungsfürsorge oder Aufrichtung der längst fälligen Altersversorgung der Arbeiter. Für diese und tausend andere unumgängliche Notwendigkeiten werden ohnehin neue Einnahmsquellen dem Staate erschlossen werden müssen. Dabei sind die Schuldzinsen, die unter allen Umständen Hunderte von Millionen betragen müssen, noch gar nicht erwähnt.

So oft Oesterreich in einer ganz verzweifelten Finanzlage war, wenn auch keine der früheren auch nur annähernd an die Katastrophe von heute heranreicht, war die Lösung: der Staatsbankerott. Und es bleibt, wenn man nicht ganz neue Wege beschreiten will, diesmal ganz gewiß nichts anderes übrig. Selbst die Entschlußfreiheit dazu haben wir übrigens nur insofern, als es sich um das Inland handelt. Eine Verkürzung der ausländischen Gläubiger würde ja keinesfalls geduldet werden. Wir hätten vielmehr mit einer Pfandnahme der Staatsgüter, Eisenbahnen, Zölle ꝛc. zu rechnen und dies nicht bloß für den Zinsendienst, sondern auch für die Deckung des Kapitals.

Es wird nun oft die Frage aufgeworfen, ob es denn eigentlich gar so sehr Aufgabe der Sozialdemokratie — als Vertreterin der Besitzlosen — sei, sich diesem Zusammenbruch entgegenzustemmen, von dem ja anscheinend hauptsächlich die Besitzenden, die Eigentümer der Schuldverpflichtungen des Staates, seien es nun Kriegsanleihe oder Banknoten, in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Wahrheit ist, daß die eigentlichen Opfer eines Staatsbankerotts die Arbeiter und Angestellten sein würden, wie sie es ja auch gewesen sind, die im Kriege neunzig Prozent der Blutopfer zu tragen hatten. Der Staatsbankerott trifft zunächst die Stadt, Handel und Industrie ungleich härter als das flache Land. Dem Bauer bleibt, selbst wenn die thesaurierte Banknote wertlos wird, noch immer Grund und Boden und Vieh und die Möglichkeit ungestörten Fortarbeitens, die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten für sich, für die Familie und fürs Gesinde. Die Insolvenz des Staates hätte wohl unlösbar die Zahlungseinstellung der Banken, Sparkassen und Versicherungsinstitute zur Folge und damit eine allgemeine Krise, deren Heftigkeit und Dauer unabsehbar ist. Die jetzt noch funktionierenden Betriebe würden zum Stillstand gelangen, von ausländischen Bezügen könnte keine Rede sein. Also ungeheuer Arbeitslosigkeit ohne die Möglichkeit irgend einer Unterstützung; nackte, selbst die gegenwärtige Lage weit in den Schatten stellende Hungersnot! Eine weitere Wirkung wäre, daß alle bestehenden Versorgungseinrichtungen jedweder Art zusammenbrechen würden. Um nur ein einziges Beispiel herauszuheben: Die Staatliche Pensionsanstalt für Angestellte hat nicht weniger als sechshundert Millionen Kronen in Kriegsanleihe angelegt; nicht nur ihr bisheriges Gesamtvermögen, sondern auch die aus ganz Oesterreich auf Jahre hinaus zu gewärtigenden Prämieneingänge! Das heißt mit anderen Worten, es würden Zehntausende die Hoffnung versinken sehen, eine bescheidene Alters- oder Invaliditätsrente zu genießen, über das einstige Schicksal ihrer Angehörigen einigermaßen beruhigt zu sein. Das gilt natürlich für sämtliche Institutionen dieser Art, das bedeutet den Ruin aller Krankenkassen, Konsumvereine, Gewerkschaften. Hunderttausende der allerkleinsten Leute haben die Ersparnisse eines ganzen Lebens — teils der allgemeinen Stimmung folgend, teils dem so stark ausgeübten Druck nachgebend — in Kriegsanleihen angelegt. Das gleiche ist von Amts wegen mit allen Mündelgeldern geschehen. Ein regelloses Zusammenkrachen würde ungezählte Existenzen erbarmungslos vernichten.

Den Besitzenden blieben immer noch Trümmer des Vermögens, mit denen sie bis zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse leben können. Die wirklichen Kapitalisten haben sich zudem in den letzten vier Jahren kaum mit etwas anderem als mit der Frage beschäftigt, wie sie ihre Reichtümer vor dem drohenden Debacle retten könnten, das sie bei ihrer wirtschaftlichen Schulung längst reifen sahen, ohne allerdings die warnende Stimme zu erheben. Viele Bewegungen auf dem Warenmarkt, Ware im weitesten Sinne genommen, sind auf diese Rettungsmanöver der Millionäre alten und neuen Datums zurückzuführen. Sie haben erhebliche Teile ihres Vermögens ins Ausland gebracht, und die Unfähigkeit der Oesterreichisch-ungarischen Bank hat dabei die Mauer gemacht. Die sprunghaften Steigerungen der Güter und Häuser, der Perlen, Brillanten, Antiquitäten und Bilder haben zum Teil darin ihre Ursache. Just die Allerreichsten haben so viele Eisen im Feuer, daß ihnen nicht allzuviel geschehen kann. Gewiß! So gewaltige Erschütterungen würden auch an ihnen nicht spurlos vorübergehen; aber andererseits wären es gerade wieder sie, die in einer Zeit der allgemeinsten Depression noch kaufkräftig blieben und damit die Möglichkeit hätten, durch Zugreifen im richtigen Augenblick das Strandgut um einen Spottpreis zu erwerben und schließlich noch als Gewinner aus dem Staatsbankerott hervorzugehen.

Zwei Möglichkeiten sind in gleicher Weise für die arbeitenden Menschen in diesem Staate unannehmbar. Die erste ist die Aufrechterhaltung der Staatsschulden in ihrem gegenwärtigen Umfang, in ihrer derzeitigen Höhe der Verzinsung. Im Altertum haben die Sieger die Bewohner des besiegten Landes weggeführt und zur Sklavenarbeit verwendet. Unsere „kultiviertere" Zeit will dafür die im Wesen gleiche, nur in der Form verschiedene Kriegsentschädigung setzen. So sehr man sich dagegen sträubt, ist es immerhin dem altgewohnten Denken noch eher verständlich, daß der Besiegte dem Sieger tributpflichtig sei. Die Aufrechterhaltung der Staatsschulden aber würde bedeuten, daß die erdrückende Masse der Bevölkerung auf Geschlechter hinaus nicht der Entente, vielmehr jener Minderheit im eigenen Lande hörig bliebe, die den Krieg zum Teil verschuldet hat, der das grauenvolle Morden eine Quelle der Bereicherung war. Und ebenso kann das Proletariat nicht den Staatsbankerott wünschen.

Für die Finanzkatastrophe, die der Krieg hervorgerufen hat, gibt es nur eine Lösung: das ist eine